Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 108. Abendblatt. Dienstag, den 5. März. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 4. März. Mit den erfolgten Präsidentenwahlen des Reichstags hat man auch einen Einblick in die Parteiverhältnisse erhalten, wenn auch der Eintritt neuer Mitglieder noch einige Modifikationen bringen und die Stellung der Mittelparteien zu den Gegenständen der Verhandlungen noch nicht als durchweg abgeschlossen betrachtet werden kann. Zum Verständniß der Präsidentenwahlen wird zu beachten sein, daß bei denselben lediglich die Haltung der Altliberalen den Ausschlag gegeben hat. In Rücksicht auf diesen Umstand und da die Wahlen durchweg mit geringen Majoritäten erfolgt sind, wird man gut thun, nicht aus den einzelnen Wahlen, sondern aus dem Gesammtresultat sein Facit zu ziehen. Die Altliberalen haben sich zuerst für die Wahl Simson's entschieden und man hat Grund anzunehmen daß sie es nicht gethan, weil sie Simson für den Kandidaten der Linken gehalten haben, sondern weil Simson von jeher Mitglied der altliberalen Partei gewesen ist. Nicht die Altliberalen sind der Linken entgegen gekommen, sondern diese den ersteren, um wenigstens eine konservative Majorität zu verhindern, die bei der Wahl des zweiten Präsidenten, des Herzogs Ujest mit Hülfe der Altliberalen erzielt wurde, gegen den liberalen Kandidaten v. Bennigsen. Bei der dritten Wahl gaben die Altliberalen wieder durch Vereinigung mit den National-Liberalen den Ausschlag zu Gunsten von Bennigsen's. Aus dem Gesammtresultat ist also zu entnehmen, daß die in demokratischen Blättern vielfach angestellte Berechnung, wonach für die Linke mit Hülfe der Altliberalen überall ein entscheidendes Uebergewicht zu erwarten sein sollte, in der einen Voraussetzung, nämlich der überwiegenden Hinneigung der Altliberalen zur Linken falsch gewesen ist. Aus verschiedenen Anzeichen glaubt man im Gegentheil den Schluß ziehen zu dürfen, daß der Kern der Altliberalen (circa 15 Mitglieder) von einem bereits angenommenen ziemlich positiven Programm auch durch die Verlockungen der Nationalliberalen sich nicht werden abziehen lassen, sondern entschlossen sind in Gemeinsamkeit mit der Regierung auf dem Boden des Verfassungs-Entwurfs das nationale Werk zum Abschluß zu bringen. Charakteristisch ist es, daß die eigentliche Linke von vorn herein auf jeden Versuch verzichtet hat, auf dem Wege des Kompromisses einen Kandidaten aus ihrer Mitte in's Präsidium zu bringen. Selbst Rud. v. Bennigsen hat offenbar seine Bedeutung mehr in national-preußischer Richtung als in etwaiger Affinität mit der Demokratie, denn seine Partei in Hannover ist gerade diejenige, welche der preußischen Regierung mit Bereitwilligkeit entgegen gekommen ist. Wenn sich nach alledem heraus gestellt hat, daß die konservative Partei für sich allein die volle Majorität nicht hat, so ist doch ebenso bestimmt, daß die Linke um so weniger Einfluß auf die Resultate haben wird, je mehr sie sich auf oppositionellen Boden stellt, und selbst in Verbindung mit der nationalliberalen Fraktion, wenn sie ihren Standpunkt festhalten wollte, von der Majorität weiter entfernt ist, als die konservative Partei. Man darf daher mit Sicherheit erwarten, daß die Erklärung des Präsidenten Dr. Simson: „der Reichstag muß zu einem Ergebniß kommen", in Erfüllung gehen wird. Der heutigen Versammlung ist nun der Verfassungs-Entwurf vorgelegt worden und es beginnt damit das eigentliche politische Leben im Reichstag. Nach dem heutigen Beschluß über die Geschäftsordnung hat der Reichstag schon ziemlich verständlich zu erkennen gegeben, daß die Majorität nicht geneigt ist, die durch die Lasker'sche Geschäftsordnung vorsorglich gebotene Gelegenheit zu möglichster Ausdehnung der Verhandlungen zu benutzen. Die kluge Berechnung, durch dreimalige Lesung die Einbringung von Amendements zu erleichtern, dürfte auch unter den Liberalen nicht allgemeine Zustimmung finden und damit scheitern. — Die Politik des Fürsten Hohenlohe findet unter den süddeutschen Ultramontanen und von deren Standpunkt aus vielleicht mit Recht heftigen Widerstand, bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die als wirksames Volksbildungsmittel und deswegen als tadelnswerth von den Ultramontanen erkannt wird, suchen diese namentlich den Verdacht rege zu machen, daß diese Veränderung des Militärwesens nur im preußischen Interesse geschehe; daß auch im alten Bunde schon seit langer Zeit eine neue Organisation des Militärwasens für nothwendig erklärt und projektirt gewesen ist, könnte, abgesehen von allen anderen Gründen wohl dieses Vorurtheil der Ultramontanen widerlegen, wenn es denselben bei ihren Angriffen auf Wahrheit ankäme.

Berlin, 5. März. Se. Maj. der König empfing am Sonntag Mittag um 12 Uhr den K. K. russischen General, General-Adjutant Sr. Maj. des Kaisers, Mörder, den Oberst Graf Dohna, Kommandeur des 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 24, ertheilte hierauf dem Geheimen Kommerzienrath Oppenheim aus Köln und dem K. Civil-Kommissarius in Frankfurt a. M. v. Madai Audienzen, und nahm die Meldung Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Hohenlohe, Herzogs von Ujest, als ersten Vice-Präsidenten des norddeutschen Reichstages entgegen. Um 1 Uhr erschien Se. Majestät in der zum Besten des deutschen Krankenhauses zu Paris auf Allerhöchsten Befehl arrangirten Matinée musicale im K. Opernhause. Gestern empfing Se. Majestät der König den General der Infanterie v. Peucker, den Kgl. sächsischen Geh. Finanzrath v. Thümmel, den Regierungsrath Illing und nahm aus den Händen des Hauptmanns a. D. v. Graevenitz den Orden pour le mérite des verstorbenen Oberst-Lieutenants v. Fragstein entgegen. Außerdem fand Vortrag des Civil-Kabinets und des Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Raths Costenoble statt, auch nahm Se. Maj. der König militärische Meldungen entgegen im Beisein des Gouverneurs und des Kommandanten.

— (Berl. Börs.-Ztg.) Das gestern von dem Ministerpräsidenten dem Reichstage vorgelegte Protokoll vom 28. Januar c. ergiebt, daß mehrere der Bundesbevollmächtigten ihre Zustimmung zu dem Bundesgesetzentwurfe nicht ohne die Niederlegung verschiedener Reserven und Voraussetzungen erklärt haben. Allerdings weist schließlich der preußische Bevollmächtigte darauf hin, „daß die in dem heutigen Schlußprotokolle niedergelegten verschiedenen Erklärungen und Voraussetzungen Seitens einer Anzahl von Bevollmächtigten der mit Preußen verbündeten hohen Regierungen nicht dazu angethan sein können und noch weniger dazu bestimmt waren, dasjenige Einverständniß abzuschwächen, welches von sämmtlichen Herren Bevollmächtigten ausdrücklich dahin erklärt worden ist, daß der in amendirter Form definitiv festgestellte Verfassungs-Entwurf Namens der Gesammtheit der in der Konferenz vertretenen Regierungen durch die Krone Preußen dem Reichstage vorgelegt werde. Er erklärt dabei, daß die Königliche Regierung in der Voraussetzung gegenseitiger gleichartiger Verpflichtung unter sämmtlichen Staaten des norddeutschen Bundes in Beziehung auf den festgestellten Verfassungsentwurf letzteren dem Reichstage vorlegen wird." Von den fraglichen Erklärungen sprechen die meisten Wünsche auf Erleichterung der Militärlast aus; der Mecklenburger erwartet, daß er Behufs Beitritts zum Zollvereine von den bekannten Verpflichtungen gegen Frankreich befreit werde. Bemerkenswerth ist die Erklärung des oldenburgischen Bevollmächtigten, welche wir hier wiedergeben; sie geht dahin: Er sei zur Vollziehung des Protokolls ermächtigt, wenngleich verschiedene von der Großherzoglichen Regierung bei den Berathungen wiederholt geltend gemachte Bedenken in Betreff wesentlicher Punkte, namentlich sofern sie sich auf die Ergänzung der Vertretung der Nation durch ein aus geeigneten Elementen zu bildendes Oberhaus unter entsprechender Beschränkung der Kompetenz des Bundesraths und Einsetzung eines Bundesministeriums, auf die Errichtung eines Bundesgerichts, auf die Vereinbarung eines Etats für die Militärausgaben an Stelle der im Entwurf geforderten Pauschsumme und auf eine in näherem Anschluß an die Prinzipien des Art. 26 der Wiener Schlußakte veränderte Fassung des Art. 65 beziehen, zu seinem Bedauern bei der schlüssigen Redaktion des Entwurfs keine Berücksichtigung gefunden haben. Er hält sich verpflichtet, auf die in dieser Beziehung und in Betreff anderer, wenn auch nicht in gleichem Maße erheblicher Punkte der von ihm übergebenen motivirten Anträge, an dieser Stelle nochmals Bezug zu nehmen, glaubt aber, da die Verhältnisse zum Abschlusse drängen und die Großherzogliche Regierung einer allseitigen Verständigung über die schwebenden Fragen keinerlei Hindernisse bereiten möchte, aus diesen Meinungsabweichungen keinen Grund ableiten zu dürfen, mit der Zustimmung zur Vorlegung des Entwurfs an den Reichstag zurückzuhalten.

— Wie wir hören, sind die Gehälter der Beamten der Kgl. Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Verwaltung erheblich, etwa um 20 Prozent ihres bisherigen Einkommens, erhöht worden. Es dürfte diese Gewährung mit dem seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte von einer an alle Staatsbeamte in den erweislich theuren Orten der Monarchie zu gewährenden, nach Prozenten bemessenen Ortszulage in Verbindung stehen.

— Die Gewerbebank H. Schuster & Co., deren Bilance für 1866 nebst dem Jahresbericht nächstens veröffentlicht werden wird, hat für das abgelaufene Geschäftsjahr, trotz der kritischen Lage des Geldmarktes, so günstige Resultate erzielt, daß der Aufsichtsrath der Gesellschaft die Vertheilung einer Dividende von 7 pCt. beschließen konnte. Dies erfreuliche Ergebniß verdient um so größere Anerkennung, als das junge Institut so eine harte Probe glänzend bestanden hat.

— Für unseren National-Invaliden-Fonds sind in Valparaiso 9366 Thlr. 29 Sgr. gesammelt, welche gestern durch Vermittelung des hiesigen Hauses Hardt u. Komp. dem Königl. Kriegs-Ministerium zugegangen sind.

— In einer in Elberfeld stattgehabten Versammlung der Lassalleaner wurde Herr Dr. v. Schweitzer wieder als Parlaments-Kandidat vorgeschlagen. Derselbe nahm die ihm angetragene Kandidatur an.

Berlin, 4. März. (Norddeutscher Reichstag.) 6. Sitzung. (Schluß) Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die geschäftliche Behandlung der von den Abgg. v. Arnim (Heinrichsdorf) und Lasker eingebrachten Geschäftsordnungs-Entwürfe. Abg. Graf Schwerin beantragt über dieselben in Schlußberathung einzutreten und kündigt für den Fall, daß dieser Antrag genehmigt wird, seinerseits den (dritten) Antrag an, über beide Geschäftsordnungs-Entwürfe (v. Arnim's und Lasker) zur Tagesordnung überzugehen, ohne zur Zeit in die Berathung derselben einzutreten und die bisher schon provisorisch geltende Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses für die Dauer der Session zu genehmigen. Abg. v. Arnim (Heinrichsdorf): Ich habe meinen Entwurf zurückziehen wollen und heute mit dem Abg. Lasker darüber konferirt, daß er dasselbe thun möge. Da er aber nicht dazu Willens ist, so bleibt mir nichts übrig, als an meinem Entwurf festzuhalten. Ich empfehle die Ueberweisung beider Entwürfe an eine Kommission von 14 Mitgliedern. — Abg. Gr. Schwerin: Mein Antrag ist durch die Sachlage motivirt, welche der Minister Graf v. Bismarck heute so betont hat. Der Vorredner hat Verweisung an eine Kommission empfohlen, der Präsident empfiehlt Vorberathung im Hause, ich empfehle Schlußberathung im Hause. Wir sind jetzt acht Tage versammelt und es gab wohl nie eine Versammlung, auf die man auch außerhalb Deutschlands mit solcher Aufmerksamkeit geblickt hat. Steht sie noch länger an, wegen Formfragen an ihre große Aufgabe heranzutreten, so leidet ihre Würde und ihr Ansehen. Mögen immerhin bei der Berathung des Verfassungs-Entwurfs die Geister auf einander platzen, mögen alle seine einzelnen Bestimmungen genau erörtert werden: man wird dann vielleicht sagen, die Deutschen sind wieder einmal gründlich gewesen, aber sie sind es dann einer großen Aufgabe gegenüber gewesen. Aber ein fernerer Aufschub muß nach Außen einen so peinlichen Eindruck machen, daß ich an meinem Theile die Mitschuld daran nicht tragen mag. Auch gestattet die Geschäftsordnung des preußischen Abgeordnetenhauses die größte Gründlichkeit in der Berathung des Verfassungsentwurfes. — Abg. Lasker: Ich empfehle mit dem Präsidenten des Hauses die Form der Vorberathung im Hause, die schon morgen beginnen kann. Der Entwurf des Abg. v. Arnim weicht in vielen Stücken von der Geschäftsordnung des Hauses der Abgeordneten wesentlich ab, der meinige nur in einigen wenigen Punkten, um die Arbeit der Prüfung des Verfassungsentwurfes zu fördern. Beginnen wir die Vorberathung im Hause über die Geschäftsordnung morgen, so werden wir in etwa fünf Tagen sehen, ob wir mit einigen Abänderungen zu der vorhandenen Geschäftsordnung ausreichen, und ich werde dann der Erste sein, der seinen Entwurf zurückzieht. — Abg. v. Hennig: Die Vorberathung ist der kürzere Weg, da wir sie sofort beschließen können, während der Antrag des Grafen Schwerin erst gedruckt werden und sich vier Tage in den Händen der Mitglieder befinden muß. Die Anträge der Abgg. Lasker und v. Arnim sind aber bereits gedruckt in Aller Besitz. Beginnen wir die Vorberathung morgen. Für die Annahme eines so wichtigen Gesetzes, wie der Verfassungsentwurf ist, ist es unerläßlich, daß das Haus im Besitz einer definitiven Geschäftsordnung sei und nicht auf Grund einer provisorischen arbeite. — Abg. Michaelis: Die bindenden Formen für unsere Willensäußerung und Beschlußfassung sind nicht gleichgültig und die Bestimmungen der provisorisch geltenden Geschäftsordnung genügen nicht dem Zweck einer Versammlung, die nicht einzelne Gesetzentwürfe, nicht ein Budget zu berathen, sondern eine Verfassung zu vereinbaren hat. Ihre §§. 20—22 müssen demgemäß nach dem Lasker'schen Entwurf abgeändert werden, der außerdem auch die wichtige Bestimmung enthält, daß bei der Wahl zu Kommissionen die Mitglieder der Abtheilungen sich nicht auf dieselben zu beschränken brauchen. Mit dem Uebergang zur Tagesordnung werden unsere Arbeiten nicht beschleunigt, er schützt nicht dagegen, daß der Verfassungs-Entwurf an eine Kommission verwiesen und seine Prüfung unbestimmt hinausgezogen wird. — Abg. Graf zu Eulenburg erklärt sich in erster Reihe für den Antrag des Abg. v. Arnim, in zweiter für den des Gr. Schwerin. Vorhandene Schwierigkeiten müsse man thatsächlich vermeiden, nicht durch Resolutionen, sonst gerathe man in die Situation, daß man über den Verfassungsentwurf nach der einen Geschäftsordnung beschlossen habe und hinterher mit der andern fertig werde.

Abg. v. Gerber tritt dem Antrage des Grafen Schwerin mit Entschiedenheit und unter wiederholtem Beifall bei. Es handelt sich, sagt er, darum, das öffentliche Vertrauen in Deutschland zu gewinnen, und das werden wir in dem Maße, als wir über formelle Fragen weggehen und an unsere große Aufgabe selbst herantreten. (Lebhafter Beifall.) Abg. Kitz tritt ihm bei. Abg. Graf Schwerin warnt davor, daß das Haus sich nicht in unabsehbare Formfragen verliere. Die Diskussion wird geschlossen und bei der Abstimmung der Antrag des Grafen Schwerin auf Schlußberathung angenommen. Damit sind die Anträge der Abgg. v. Arnim und Lasker (Kommission resp. Vorberathung im Hause) erledigt. — Präsident Simson ernennt zum Referenten den Abg. Kanngießer, zum Korreferenten den Abg. Grafen Bethusy-Huc.

Letzter Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Berichterstattung über Wahlprüfungen.

Namens der I. Abtheilung erstattet der Abg. Graf Bethusy-Huc Bericht. Er beantragt, die Wahlen der Abgg. v. Münchhausen, Hosius, Stavenhagen und Dr. Freytag für gültig zu erklären; das Haus beschließt demgemäß. — Gegen die Wahl des Generals v. Steinmetz im 6. Frankfurter Wahlbezirke sind mehrere Proteste eingegangen. Das Haus erklärt ohne weitere Debatte die Wahl des Generals v. Steinmetz für gültig.

Namens der II. Abtheilung referirt der Abg. Dr. Riedel (Brieg): die Wahlen der Abgg. v. Warnstädt, Trantz (Heiligenstadt) und Jüngken werden ohne Debatte für gültig erklärt.

Für die III. Abtheilung erstattet der Abg. v. Unruhe-Bomst Bericht. Ohne Debatte werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. von Jagow, v. Arnim-Kröchelndorf, Runge, v. Treskow, v. Sänger (Grabow), v. Beerfelde, Wagener und v. d. Goltz. — Bei der Wahl des Abg. Pogge-Blankenhof haben sich 2388 Wahlberechtigte im Fürstenthum Ratzeburg, das zu Mecklenburg-Strelitz gehört, der Wahl enthalten, weil §. 2 des in Mecklenburg-Strelitz publizirten Wahlregulativs anordnet, daß nur Mecklenburger zur Wahl berechtigt seien, Ratzeburg aber in Mecklenburg-Strelitz nicht einverleibt, sondern nur durch Personal-Union demselben verbunden sei. — Die Wahl wird für gültig erklärt.

Für die IV. Abtheilung referirt der Abg. v. Kehler. Die Wahl des Abg. Fries wird ohne Debatte für gültig erklärt. — Als die Wahl des Abg. v. Bethmann-Hollweg zur Sprache kommt, nimmt der Abg. Motty das Wort, um den Antrag zu stellen, dieselbe in die Abtheilung zurückzuweisen, und zwar auf Grund von Thatsachen, denen er eine kurze Vorbemerkung vorausschicken wolle. Zwischen den Wahlen in allen andern Ländern und Provinzen und denen im Großherzogthum Posen bestehe ein merkbarer Unterschied. Anderswo handele es sich in den Ländern des norddeutschen Bundes um die Gegensätze: Großdeutscher oder Partikularist, Liberaler oder Konservativer, im Großherzogthum Posen blos um den des Deutschen oder Polen und um den Beweis beizubringen, daß Posen ein deutsches Land sei.

Präsident der Bundes-Kommissarien v. Bismarck: Dem Herrn Vorredner will ich nur eine Thatsache entgegenhalten. Vor einigen Wochen hat sich der Oberpräsident der Provinz Posen an mich gewandt mit einer Klage über eine Beeinflussung der Wähler in Posen durch Drohungen und Entstellungen der Thatsachen von Seiten der polnischen Gutsbesitzer und der niederen Geistlichkeit. Man ist darin so weit gegangen, die Deutschen als Evangelische und die Polen als Katholiken zu qualifiziren. Man hat in dieser Art die Gemüther damit zu beunruhigen gesucht, daß die katholische Religion in Gefahr käme durch die Gründung des norddeutschen Bundes, und die deutschen Katholiken zu bewegen gesucht, für den polnischen Kandidaten zu stimmen zur Rettung ihres Glaubens. Ich habe geantwortet, daß wir jetzt hier mehr zu thun hätten, als alle einzelnen erschlichenen oder erzwungenen Stimmen aufzusuchen, und ihn ersucht, nur ganz eklatante strafbare Fälle der Königl. Regierung mitzutheilen. Dem Herrn Vorredner kann ich übrigens zu seinem Privatgebrauche eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen von polnischer Seite mittheilen.

Ref, Abg v. Kehler: Ich habe den Protest deshalb in meinem Referate nicht erwähnt, weil er von keinem Einfluß auf das Resultat der Wahl sein kann. Die Agitation in der Provinz Posen ist eine sehr lebhafte gewesen, sowohl Seitens der Polen, wie der Deutschen, und daß ist nicht ungehörig, sondern gehörig und erwünscht. Daß manche Polen für Deutsche gestimmt haben, ist sehr erklärlich; da sie in der politischen Bildung soweit vorgeschritten sind, um einzusehen, daß es gut und vortheilhaft ist, einem großen Gemeinwesen, wie der norddeutsche Bund ist, anzugehören. Darauf wird abgestimmt: Der Antrag Motty fällt mit allen Stimmen gegen die der Polen; die Wahl des Abg. von Bethmann-Hollweg wird für gültig erklärt. Ohne Debatte werden darauf genehmigt die Wahlen der Abgeordneten v. Roon, Wegner, Kratz, Schulze (Berlin), v. Frenz, Graf Bredow, v. Auerswald. — Bei Gelegenheit der letzten Wahl theilt Ref. Abg. von Kehler mit, daß ein Protest eingegangen ist, der eine Fälschung des Wahlresultats im 1. Bezirke behauptet. 80 Wähler nämlich erklären, daß sie einen Stimmzettel mit dem Namen des Gegenkandidaten v. Jackowski in die Urne geworfen, nach Zählung der Stimmen aber nur 38 für diesen Kandidaten vorhanden waren. Auf das Resnltat hat dies zwar keinen Einfluß; die Kommission beantragte deshalb die Giltigkeitserklärung der Wahl, zugleich aber auch eine Benachrichtigung hiervon an die Bundeskommissarien, damit die Königl. preußische Regierug das Erforderliche veranlasse. — Das Haus tritt den Anträgen bei. — Namens der 5. Abtheilung referirt der Abg. Persius; auf seinen Antrag werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Kanngießer, v. Thadden, Waldeck, Lasker, Delius, Falk und Jensen. — Für die 6. Abtheilung berichtet der Abg. Hergenhahn. Es werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Prinz Friedrich Carl, Dr. Körter, von Waldaw-Reizenstein, Francke. v. Niegolewski. — Für die 7. Abtheilung berichtet der Abg. v. Wurmb. Auf seinen Antrag werden für gültig erkärt die Wahlen der Abgg. Agricola und Fürst Solms-Lich.

Präsident Dr. Simson beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an und setzt auf die Tagesordnung: Berathung über die geschäftliche

Behandlung der Vorlagen der verbündeten Regierungen. — Abg. Aßmann: Um die Berathung der Geschäftsordnung nicht zu weit hinauszuschieben, bitte ich, den Hrn. Präsidenten zu ermächtigen, daß er von der viertägigen Frist Abstand nehme, welche zwischen dem Druck der Anträge der Referenten und der Verhandlung im Plenum nach der Geschäftsordnung liegen soll. — Präsident Dr. Simson: Eine Abstimmung darüber kann ich nicht herbeiführen, sondern bin der Ansicht, daß der Antrag gefallen ist, sobald ein Mitglied des Hauses widerspricht. — Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen): Ich widerspreche. (Gelächter.)

Abg. Graf Schwerin: Ich möchte mich nur gegen den Einwurf verwahren als hätte ich durch meinen Antrag auf Schlußberathung die Berathung über die Geschäftsordnung hinausschieben wollen; ich glaubte sie im Gegentheil zu beschleunigen; wenn dies jetzt nicht geschieht, so ist es nicht meine Schuld. Abg. v. Hagke und v. Keyler erklären, daß Mitglieder des Hauses für den Antrag auf Schlußberathung gestimmt haben, weil sie die Sache beschleunigen wollten. — Der Präsident erklärt diese Sache für erledigt; über die Geschäftsordnung kann nunmehr nicht eher im Hause verhandelt werden, als 4 Tage, nachdem die Anträge der Referenten gedruckt sind. — Abg. Wachler bittet, die zweite Abtheilung schon auf Dienstag 1 Uhr zu berufen, da dieselbe zwei wichtige Wahlprüfungen vorhabe. — Der Präsident leistet dieser Bitte Folge. — Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: 1) Berathung über die geschäftliche Behandlung des Verfassungs-Entwurfs; 2) Wahlprüfungen.

Wittenberg, 3. März. Heute Vormittag wurde am Altare hiesiger Schloßkirche, in Gegenwart des hier garnisonirenden 1. und 2. Bataillons 4. Magdeb. Infanterie-Regiments Nr. 67, des Offizierkorps der Garnison und einer überaus zahlreich versammelten Gemeinde die Weihe der dem vorgenannten Regiment verliehenen Fahnenbänder durch den Garnisonprediger Dr. Gebser vollzogen.

Herford, 2. März. Der gegenwärtige Bürgermeister Stroßer (entschieden konservativ), dessen zwölfjährige Dienstperiode im Laufe dieses Jahres zu Ende geht, ist bei der vorgestern hier vorgenommenen Neuwahl nicht wiedergewählt worden. Bei Stroßers konservativer Parteistellung und bei der vorwiegend demokratischen Richtung hier war dies Ergebniß zwar ziemlich sicher vorauszusehen; allein nun, wo es als eine Thatsache vorliegt, muß es dennoch befremden, weil gerade die Fortschrittsmänner über die etwa aus politischen Motiven nicht erfolgte Königliche Bestätigung ihrer Kommunalwahlen sich immer gewaltig entrüsten und dadurch natürlich die Meinung erwecken müssen, daß auf ihr Urtheil die politische Richtung nie, sondern stets nur andere Qualitäten entscheidenden Einfluß ausübten. Solche Meinung haben nun freilich die hiesigen Stadtverordneten keineswegs gerechtfertigt. Auf Stroßers vorzügliche Eigenschaften haben sie nicht Rücksicht genommen. Daß er ein Mann ist von hervorragender Begabung, klarem Verstand, ungewöhnlicher Arbeitskraft, eisernem Fleiß, strenger Rechtlichkeit und höchst ehrenwerthem Charakter, alles dies, was hier nicht blos ein Freund von ihm aussagt, sondern ihm auch seine Gegner zugestehen, — es hat in den Augen der Stadtverordneten jedenfalls nicht die Bedeutung gehabt, um ihn der Stadt zu erhalten und die Wahl wieder auf ihn zu lenken. Nun, Herr Stroßer wird sich wohl über das gegen ihn eingeschlagene Verfahren trösten; aber die hiesige Stadt und Gegend, der er erstaunlich viel gewesen ist, wird es spüren, was sie an ihm gehabt, wenn sie ihn verlieren sollte. (Zum Bürgermeister von Herford ist der Bürgermeister Sack aus Lübbecke gewählt.)

Aus Mecklenburg-Schwerin, 2. März. Se. K. H. der Großherzog und die Großherzogliche Familie haben sich gestern Morgen von Schwerin nach Ludwigslust begeben, um dort der Eröffnung des Johanniter-Krankenhauses, begründet von der mecklenburgischen Johanniter-Ordens-Genossenschaft, beizuwohnen. Der Geistliche des Stifts Bethlehem hielt die Ansprache und das Gebet.

Dresden, 3. März. Auf Anordnung des Kultusministeriums wird auch hier eine Bitte für die Reichstagsverhandlungen in das allgemeine Kirchengebet aufgenommen. — Das „Dresdner Journal" notirt für den Regierungsbezirk Dresden die Ergebnisse der zum ersten Male abgehaltenen Prüfungen für den Freiwilligendienst in der Armee. Danach hatten sich 280 Personen dazu gemeldet, wovon 151 in Folge der Prüfungen mit Berechtigungsscheinen versehen worden sind.

Ausland.

Wien, 2. März. Der niederösterreichische Landtag hat einen dringlichen Antrag zum Beschluß erhoben: daß die beabsichtigte Befestigung Wiens ganz unterbleiben, oder daß doch jedenfalls dem Landtage und dem Reichsrathe Gelegenheit gegeben werden möge, sich über den Gegenstand zu äußern.

— Der böhmische Landtag ist bekanntlich aufgelöst worden. Wie verlautet, war der höchsteigene Wille des Kaisers das beschleunigende Moment in diesem Falle. In höchsten Kreisen herrscht nämlich eine so gereizte Stimmung gegenüber der „feudal-klerikalen Majorität" des böhmischen Landtages, daß für die bereits auf dem Wege nach Wien befindliche Adreßdeputation eine Audienz zu erwirken in diesem Augenblicke unmöglich gewesen wäre. Viel mag auch mitgewirkt haben der mächtige Einfluß, den ein erlauchtes Familienglied des Herrscherhauses seit vorigen Sommer auf die Entschließungen der Krone übt. Der Erzherzog-Armee-Oberkommandant, dem jedes Hinderniß ein Gräuel, das sich dem Vollzug der neuen Heeresorganisation entgegensetzt, soll über den böhmischen Adel sehr entrüstet sein. Durch den Vorgang des böhmischen Landtages, indem derselbe den Zusammentritt des Reichsrathes in die Ferne rückt, wird auch die verfassungsmäßige Behandlung des Heeresgesetzes, also dessen Einführung ins Ungewisse hinausgeschoben. Daß dies so kam, wird vornehmlich dem böhmischen Adel zur Last gelegt, weil dieser sich mit dem Czechenthum geeinigt.

Pesth, 2. März. „Sürgöny" meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin Mittwoch oder Donnerstag in Pesth eintreffen werden.

Paris, 2. März. (Post.) Man könnte sich nach der Türkei oder wenigstens in ein früheres Jahrhundert zurück versetzt fühlen, wenn man den Bericht der gestrigen Sitzung im gesetzgebenden Körper liest, in welcher Frankreichs Volksvertreter die Frage erörterten, ob Schulbildung eine Wohlthat oder ein Nachtheil sei. Die monotone lederne Debatte, welche eigentlich diesen Namen gar nicht verdient, da mehrere Redner ihre Improvisationen ablasen, ist heute Wasser auf die Mühle der Gegner alles Parlamentarismus. Triumphirend finden diese in der gestrigen Sitzung einen Beweis für ihre Behauptung, daß parlamentarische Versammlungen wohl recht gut zu Phrasenmacherei und politischen Effektdebatten, wenig aber zur Behandlung der Geschäfte geeignet seien. Derartige Aeußerungen hörte ich heute mehrmals, gelegentlich der gestrigen Verhandlungen über das Unterrichtsgesetz, thun. Mehrere der Feinde des Unterrichts-Ministers, Mitglieder des Institut de France, Hr. Beulé u. A. hatten sich zu der Sitzung eingefunden, in der Hoffnung, einer oratorischen Niederlage des Hrn. Duruy beizuwohnen, derselbe ergriff jedoch das Wort nicht. In der heutigen Sitzung hat er gesprochen, und zwar, wie mir soeben ein Abgeordneter versicherte, sehr gut, aber vor einem beinahe leeren Hause, das schließlich die Verhandlungen auf nächsten Montag vertagte. Wie nebensächlich die Franzosen die Unterrichtsangelegenheiten behandeln, ergiebt sich erst recht klar aus der Diskussion dieses Gesetzes, dessen Annahme allerdings keinem Zweifel unterliegt.

Italien. Alle Journale und Briefe aus Italien stimmen dahin überein, daß der Wahlkampf, der dort vor der Thüre steht ein sehr heißer sein wird. Auch Garibaldi ist bekanntlich mit einem Wahlaufruf angetreten. Derselbe wird indessen auf das Schärfste von allen Leuten verurtheilt, denen die Konsolidirung Italiens wirklich am Herzen liegt. Alle besonnenen Tagesblätter sprechen sich in diesem Sinne aus, und die „Nazione" unter Anderen ruft aus: „Wehe Garibaldi! wenn er nach seinen Worten und seinen Briefen und nicht nach seinen Thaten beurtheilt werden müßte. Es möchte fast scheinen, als stellte er sich zur Aufgabe, die Erfolge seines Degens mit der Feder zu vernichten. Ein Zeugniß dafür ist das letzte durch diese leider so fruchtbare Feder in Florenz veröffentlichte Manifest."

Pommern.

Stettin, 5. März. Die diesjährigen hiesigen Rennen finden am 4., 5. und 6. Mai statt. Das Programm ist in der Kürze folgendes: 4. Mai Nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr: Fortdauerndes Jagd-Rennen für Offiziere der preußischen Armee um den von Sr. Majestät dem Könige bewilligten Ehrenpreis. Vom Vereine werden dem 1. und 2. Pferde Geldpreise von resp. 40 und 10 Frd'or gegeben, soweit diese Summe durch Subskriptionen für dieses Rennen gedeckt wird. 5. Mai Nachmittags 4 Uhr. 1. Maiden-Stakes. Staats-Preis 335 Thlr. Das zweite Pferd erhält die Einsätze und Reugelder bis 120 Thlr. — 2. Offizier-Reiten. Silberner Humpen Sr. Majestät des Königs, nebst Zulage von 140 Thlr., für das erste und 60 Thlr. für das zweite Pferd vom Verein. Der Gewinner hat den Humpen im folgenden Jahre zu vertheidigen und erhält ihn nach dreimaligem Siege als Eigenthum. Derselbe erhält von Sr. Majestät dem Könige ein Andenken, falls er den Humpen abzugeben genöthigt werden sollte. (Vertheidiger aus dem 1866ger Rennen: Rittmeister Kuhlwein v. Rathenow.) — 3. Handikap. Vereins-Preis 500 Thaler. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder. Bei acht startenden Pferden rettet das dritte Pferd seinen Einsatz. — 4. Herren-Reiten. Preis 220 Thlr. von den Ständen Altpommerns. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder. Wenn 5 Pferde starten, rettet das dritte Pferd seinen Einsatz. — 5. Staats-Preis 600 Thlr. für 1864 in den zum norddeutschen Bunde gehörigen und in anderen deutschen Ländern, sowie in außerdeutschen österreichischen Provinzen, geborene Pferde. Das zweite Pferd erhält die Einsätze und Reugelder bis 200 Thlr. — 6. Staats-Preis 500 Thlr. Verkaufs-Preis. Pferde in den zum jetzigen norddeutschen Bunde gehörigen und andern deutschen Ländern, sowie in außerdeutschen, österreichischen Provinzen geboren. — 7. Bauern-Rennen. Staats-Preis 100 Thlr. Pferde bäuerlicher Wirthe und sogenannter kleiner Grundbesitzer der Provinz Pommern. Frühere Sieger und säugende Stuten ausgeschlossen. Das erste Pferd erhält 40, das zweite 20, das dritte 15, das vierte 10, das fünfte 5 Thlr. Alle übrigen gestellten Pferde, welche das Ziel passiren, erhalten ein jedes 1 Thlr. — 6. Mai Nachmittags 4 Uhr. 1. pommersches Zucht-Rennen. Staats-Preis 100 Frd'or ($566\frac{2}{3}$ Thlr.) Für in Pommern 1864 geb. Pferde. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder. — 2. Hürden-Rennen. Silberner Ehrenpreis im Werthe von 20 Frd'or und 200 Thlr. Vereinspreis. Herren-Reiten. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder. Starten mehr als fünf Pferde, so rettet das dritte seinen Einsatz. — 3. Handikap. Preis der Stadt Stettin 60 Frd'or. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder. Starten mehr als 8 Pferde, so rettet das dritte Pferd seinen Einsatz. — 4. Herren-Reiten um einen Preis der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft von mindestens 100 Thlr. Crt. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder. Laufen mehr als 5 Pferde, so rettet das dritte Pferd seinen Einsatz. — 5. Staats-Preis 600 Thlr. Das zweite Pferd erhält die Einsätze und Reugelder bis 125 Thlr. — 6. Beaten-Handikap. 150 Thlr. Stände- und Vereinspreis. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Reugelder, abzüglich eines einfachen Einsatzes für das dritte Pferd. — Die Zeichnungen für alle Rennen, excl. der beiden Handikaps Nr. 3 am zweiten und Nr. 3 am dritten Renntage, sind bis 29. April bei dem Vereins-Sekretär, Rentenbankbuchhalter Kurtz hierselbst zu machen.

— Zum Donnerstag den 7. d. ist eine Generalversammlung der kaufmännischen Korporation zusammenberufen um einen definitiven Beschluß über den Börsenbau zu fassen.

— Die Beträge der zur Auszahlung am 1. April d. J. gekündigten Schuldverschreibungen der Staatsanleihe v. J. 1848 können bei der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin schon vom 15. d. Mts. ab, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der Kassen-Revisionstage, in Empfang genommen werden. Bei den Regierungs-Hauptkassen können die gedachten Schuldverschreibungen behufs der Uebersendung an die Staatsschulden-Tilgungskasse vom 20. d. M. ab, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der Tage vom 15. bis 19. jedes Monats, eingereicht werden.

— Die am 1. April d. J. fälligen Zinsen von preußischen Staatsschuldverschreibungen können vom 15. d. M. ab, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der Kassenrevisionstage, bei der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, gegen Ablieferung der Coupons in Empfang genommen werden. Von den Regierungs-Hauptkassen werden diese Coupons vom 20. d. M. ab an jedem Wochentage, mit Ausnahme der Tage vom 15. bis 19. jedes Monats, eingelöst werden. Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen geordnet, und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufgerechnetes und unterschriebenes Verzeichniß beigefügt sein.

— Drei bereits vielfach bestrafte Diebe, die Arbeitsburschen Busch, Freienwalde und Witzel, welche gestern am Bohlwerk einen Sack, der Lumpen enthielt, aufschnitten und einen Theil derselben entwendeten, wurden in dem Geschäftslokale eines Handelsmanns am Krautmarkt, bei dem sie die Lumpen bereits verkauft hatten, angehalten. Erstere beide sind verhaftet, letzterem dagegen gelang es, sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen.

— Ein mehrfach bestrafter Arbeiter G. von Bredower Antheil schlich sich am 28. v. Mts. unbemerkt in den Laden eines in Züllchow wohnhaften Schnittwaarenhändlers und stahl dort ein Stück Bettzeug im Werthe von circa 10 Thlr. Der Dieb ist indessen später ermittelt und demselben das gestohlene Zeug wieder abgenommen worden.

Treptow a. T., 2. März. Bei Gelegenheit der gestrigen Feier des Stiftungsfestes der hiesigen Liedertafel wurde dem Vereine ein wohlgetroffenes Bildniß des General Herwarth v. Bittenfeld überreicht, welches der hochgefeierte Feldherr den Sängern Treptow's, denen es vor wenigen Wochen vergönnt gewesen, ihn durch ihren Gesang zu begrüßen, als bleibendes Andenken verehrt hat.

Stralsund, 3. März. Heute fand hier in der Garnison-Kirche die feierliche Einweihung der von Sr. Majestät dem Könige den Fahnen des 5. pomm. Infanterie-Repiments Nr. 42 verliehenen Fahnenbänder statt.

Stadt-Theater.

Die gestrige Vorstellung des „Lohengrin" hatte ein ziemlich zahlreiches Publikum in den Räumen unseres Musentempels versammelt. Und wenn auch der Gesammteindruck der Aufführung noch kein ganz befriedigender genannt werden konnte, so erhoben sich doch gerade die Darsteller der Hauptrollen zu so vortrefflichen Leistungen, daß man manches Störende gern darüber vergaß. Hr. Bary (Lohengrin), Frl. Koudelka (Elsa von Brabant) und Frl. Conradi (Ortrud) waren es namentlich, die ihre Partien mit solcher Sicherheit und Eleganz durchführten, daß lebhafter Beifall dem ausgezeichneten Trio zu Theil wurde. Weniger gut wurde Hr. Faßbender (Heinrich der Vogler) mit der seinigen fertig, namentlich in Folge unsicherer Intonation, die nicht selten störend wirkte. Die Chöre waren an einigen Stellen schwankend, an anderen lösten sie ihre Aufgabe doch gar zu handwerksmäßig, wie denn namentlich der Brautchor am Anfang des dritten Aktes in Folge des Mangels an jedem Ausdruck gar nicht zur Geltung kam. — Die Ausstattung war vortrefflich; nur dem Chor der Hofdamen wünschten wir eine Garderobe, die etwas weniger von der der Heldinnen abstäche. Beim Parademarsch von der Treppe herab fiel auf diese Damen ein erschreckendes Licht. Im Ganzen glauben wir, daß bei der trefflichen Besetzung der Hauptrollen dieser Oper nach Vermeidung der erwähnten Mängel der beste Erfolg nicht fehlen kann.

Neueste Nachrichten.

Wien, 4. März. Der mährische und der krainer Landtag sind in ihren heutigen Sitzungen durch Kaiserliches Patent aufgelöst worden.

Florenz, 4. März. Das Finanzprojekt mit Langrand-Dumonceau ist keineswegs aufgegeben, sondern wird dem neuen Parlamente wieder vorgelegt werden. Das Gerücht, es sei mit englischen Banquiers ein finanzielles Abkommen getroffen worden, entbehrt der Begründung.

Viehmärkte.

Berlin. Am 4. März c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1511 Stück. In Folge der bedeutenden Ankäufe für Hamburg und die preußischen Rheinlande war das heutige Geschäft lebhaft, und wurde beste Qualität mit 17 Rt., mittel 13—14 Rt., ordinäre 9—10 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 3258 Stück. Der Handel war nicht lebhaft genug, um mehr denn mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, beste feine Kernwaare wurde mit 16—17 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafen 3434 Stück. Exportgeschäfte wurden nicht ausgeführt, weshalb der Handel sehr schleppend war, und konnten die Bestände nicht aufgeräumt werden.

An Kälbern 825 Stück, welche bei minder lebhaftem Verkehr abgesetzt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. März. Witterung: Regen und Schnee. Temperatur + 3° R. Wind: Nord.

An der Börse.

Weizen etwas höher, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82 bis 86 Rt. bez., geringer 72—81 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $84\frac{1}{4}$, 84 Rt. bez, Br. u. Gd., Mai-Juni 84 Rt. Br., Juni-Juli $84\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd.

Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco 53—57 Rt. bez., Frühjahr $53\frac{1}{4}$, 53 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $53\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 54 Rt. bez. u. Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Erbsen Futter- 53—54 Rt. bez., Koch- 55—57 Rt. bez.

Rüböl stille, loco $11\frac{1}{3}$ Rt. Br., März $11\frac{1}{4}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{1}{3}$ Rt. Br., Mai $11\frac{1}{3}$ Rt. bez. u. Br., September-Oktober $11\frac{3}{4}$ Rt. Br., $\frac{2}{3}$ Rt. Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $16\frac{1}{3}$, $\frac{5}{24}$, $\frac{1}{6}$ Rt. bez., Frühjahr $16\frac{3}{8}$, $\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $16\frac{2}{3}$ Rt. bez., Juni-Juli 17 Rt. Br., September-Oktober 17 Rt. bez.

Hamburg, 4. März. Getreidemarkt. Weizen loco fester, auf Termine höher, pr. März 5400 Pfd. netto 148 Bankothaler Br., 147 Gd., pr. Frühjahr 146 Br. u. Gd. Roggen loco stille, ab Auswärts leblos, auf Termine behauptet, pr. März 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Hafer flau. Oel stille, loco $25\frac{1}{4}$, pr. Mai $25\frac{5}{8}$, pr. Oktober 26. Spiritus etwas höher gehalten, $23\frac{1}{2}$ Br. Kaffee guter Markt, verkauft 1500 Sack Maracaibo, 4000 Sack do. schwimmend. Zink loco 14 Mk. 3 Sch., 500 Centner 14 Mk. 5 Sch. — Wetter schön, aber kalt.

Amsterdam, 4. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine etwas flauer. Raps pr. April $66\frac{1}{2}$, pr. Oktober —. Rüböl pr. Mai $36\frac{3}{4}$, pr. Oktober-Dezember 39.

London, 4. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Für Weizen konnten nur sehr schwer Montagspreise erlangt werden, in fremdem Detailgeschäft. Gerste 1, Hafer einzeln $\frac{1}{2}$ Sch. niedriger, schleppend. — Schöns Wetter, Nachtfrost.